

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1908**

223 (24.9.1908)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: In's Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

**Redaktion und Expedition:**  
Luisenstraße 24.  
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8141.  
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.  
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

**Inserate:** Die einspaltige, keine Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag  
Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Feuillesonntags  
Unterh.-Verlage: Wilh. Kolb; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel

Für den Inseratenteil verantwortlich:  
Karl Ziegler in Karlsruhe.

### Sydow über die Finanzreform.

Im Oktoberheft der „Deutschen Rundschau“ wird der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Herr Sydow, einen Aufsatz über Aufgaben und Wege der Reichsfinanzreform veröffentlicht, aus welchem die „Nordd. Allgem. Ztg.“ einen kurzen Auszug mitteilt. Der Schatzsekretär geht von den bekannten Tatsachen aus, welche die Reorganisation der Reichsfinanzen notwendig gemacht haben: Anhäufung einer Schuldenlast von 4 1/2 Milliarden in den letzten dreißig Jahren. Mehrbedarf der nächsten fünf Jahre von 2—2 1/2 Milliarden oder durchschnittlich 500 Millionen Mark im Jahr. Dieser Mehrbedarf setzt sich nach den Angaben des Reichsschatzsekretärs aus folgenden Posten zusammen:

Neuanforderungen der Sozialpolitik durch Witwen- und Krankenversicherung, Erhöhung der Beamtengehälter, Zuschüsse für den Reichsinvalidenfonds, erhöhte Summen für die Schuldenentlastung und für die Ablösung der gestundeten Matritularbeiträge, Ausfälle bei der Abhebung der Zuder- und Beseitigung der Fabrikartensteuer.

Aus dieser Aufstellung des Reichsschatzmeisters geht hervor, daß bei Erschließung neuer Einnahmequellen im Betrage von 500 Millionen Mark jährlich, für Vermehrung der Heeres- und Flottenkosten nichts übrig bleibt. Gelänge es also jetzt, nach den Plänen Sydows das Gleichgewicht im Reichshaushalte herzustellen, so wird die nächste Heeres- und ganz besonders die nächste Flottenvorlage, die für 1911 zu erwarten steht, dieses Gleichgewicht wieder umstürzen und an die Stelle der mühsam unter suchbaren Opfern geschaffenen Ordnung wieder Unordnung und Verwirrung setzen.

Allerdings will der Reichsschatzsekretär die durch die Stengelsche Finanzreform geschaffene Beschränkung der Matritularbeiträge wieder aufheben und durch Beseitigung des Gesetzes von 40 Pfennig pro Kopf und des imaginären „Stundungs“-Systems einen beweglichen Faktor unter den Reichseinnahmen schaffen. Die Matritularbeiträge sollen aber, das bestätigt Herr Sydow jetzt persönlich, für eine Reihe von Jahren festgesetzt werden. Herr Sydow meint, daß da auch die Stellung des Reichsschatzsekretärs bei der Aufstellung des Reichshaushalts sehr gestärkt werde, denn dann könne er den Ansprüchen der einzelnen Ressorts gegenüber immer auf die Tatsache hinweisen, daß er für fündigste Jahre in seinen Einnahmen beschränkt sei. Damit stellte Herr Sydow einen Grundsatz auf, der bisher in der Finanzpolitik mit Recht als völlig verkehrt gegolten hat. Der Reichsschatzsekretär, der Bundesrat und ganz besonders der Reichstag müssen bei Prüfung des Etats die Grundsätze der Sparsamkeit gelten lassen, und wenn eine gesetzliche Beschränkung der Mittel nicht vorhanden ist. Auf der anderen Seite aber bedeutet die Festlegung der Matritularbeiträge auf Jahre hinaus eine unerträgliche Minderung der Rechte des Reichstags. Da die Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern unausgesetzt den Reichskassen zufließen, verliert der Reichstag, indem er die Erhebung von Matritularbeiträgen in einer gewissen Höhe für eine Reihe von Jahren bewilligt, für diese Zeit überhaupt jeden gesetzgeberischen Einfluß auf die Einnahmewirtschaft des Reiches. Durch derartige Bindungen wird die Bedeutung des Reichstags nur noch tiefer herabgedrückt, sie müssen daher von jedem, dem es mit der Entwicklung wirklich konstitutioneller Zustände im Reiche ernst ist, mit allergrößter Entschiedenheit bekämpft werden.

Aus den übrigen Ausführungen des Reichsschatzsekretärs verdient erwähnt zu werden, daß er „eine Finanzreform lediglich auf Gebrauchsabgaben“ für ein „Ding der Unmöglichkeit“ erklärt, und in der Hinzufügung der allgemeinen Nachlasssteuer eine *conditio sine qua non* (eine unerlässliche Bedingung) für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform erblickt. Aus diesen Ausführungen spricht das schlechte Gewissen des Finanzreformators, der für seine riesigen Sünden auf dem Gebiete der Verbrauchsbesteuerung Absolution in einer winzigen Nachlasssteuer sucht. (Nach Mitteilungen der „Köln. Volkszeitung“ soll die Nachlasssteuer nicht mehr als 1/2 bis 3 Prozent je nach Größe der Erbmasse betragen.) Ueber die neue Belastung von Bier, Branntwein und Tabak sucht Herr Sydow sich selbst und andere mit dem alten wohlfeilen Trost Bismarcks hinwegzuhelfen, daß diesen Steuern ein gewisser Charakter der Freiwilligkeit anhafte. Herr Sydow übersteht nur, daß die Massen der Arbeiter, die durch Ver-

ringerung des Konsums infolge der Steuervertierung ihren Erwerb verlieren, ganz unfreiwillig aufs Pflaster fliegen.

Ueber Licht-, Zigarettensteuer, Spiritus- und Feuerversicherungsmoopol enthält der Auszug des Sydowschen Artikels nichts. Gleichwohl ist auch mit diesen Plänen ernstlich zu rechnen.

### Was nun?

Unter diesem Titel schreibt die „Pfälzer Post“ in ihren Betrachtungen über den Nürnberger Parteitag:

Es ist nun für uns Bayern die Frage brennend: Wie stellen wir uns zu dem Beschlusse des Parteitages? Es muß von den berufenen Vertretern der bayerischen Sozialdemokratie fundgegeben werden, daß sie nicht nur mit der Tätigkeit der Fraktion bis zum Münchener Landesparteitag vollauf einverstanden sind, sondern auch in der Frage der Budgetbewilligung geschlossen hinter der Fraktion stehen. Dieses uneingeschränkte Vertrauensvotum für unsere Fraktion ist eine politische Notwendigkeit. Unseren Gegnern gegenüber müssen wir durch ein solches Votum die gesamte Landtagsstätigkeit unserer Vertreter decken. Das Ansehen und die Autorität, die einmal jede parlamentarische Vertretung den Gegnern gegenüber nötig hat, ist durch die Mehrheit des Parteitages empfindlich geschädigt worden. Wir haben gegenüber unserer Bewegung und unserer ganzen bisherigen erfolgreichen Arbeit die Verpflichtung, diese Schädigung wieder weit zu machen und die politische Unklugheit, die der Parteitag mit der Zustimmung zur Resolution des Parteivorstandes begangen hat, möglichst zu paralyzieren. Zwar sagte Genosse Ebert, die Resolution bedeute kein Mißtrauensvotum gegen die süddeutschen Fraktionen. Aber sie spricht doch klar aus, daß sie mit der Budgetabstimmung nicht einverstanden ist, und dies in Verbindung mit der Rückwärtsrevision der Lübecker Resolution, die die Parteivorstandesresolution darstellt, ist ein Mißtrauensvotum. Die deutschen Landesorganisationen sind tatsächlich in taktischen Fragen längst ihre eigenen Wege gegangen. Wir erinnern nur an die Kompromißpolitik der bayerischen Sozialdemokratie. Hätte man diese zur Beschlußfassung einem Reichsparteitage übergeben müssen, so wäre sie zweifellos zum Schaden des bayerischen Volkes unterblieben. Denn als man sie zum erstenmale vollzog, hat man auch über Prinzipienberrat gestritten, trotzdem die Frage der Kompromißpolitik als taktische evident war. Man hat ja überhaupt die Landtagswahlen nach wiederholten Beschlüssen früherer Parteitage den Landesorganisationen überlassen. Das, was die Grundlage und Folgerung der Landtagswahlen ist, nämlich die parlamentarische Taktik einschließlich der Budgetbewilligung, muß ebenfalls Sache der Landesorganisation sein. Die bayerischen Parteigenossen haben sich bisher gehütet, sich in die Landtagswahltaktik der preußischen einzumischen oder sie vor das Forum des Parteitages zu schleppen.

Gerade so wie uns jeder Maßstab fehlt, um über die Taktik der russischen usw. Genossen bestimmen zu urteilen, entziehen sich für unsere norddeutschen Genossen die Verhältnisse Bayerns der genauen bis ins einzelne gehenden Kenntnis, die unbedingt erforderlich ist, um sie beurteilen zu können. Mit dem mechanischen Wahlscheitern irgend eines radikal klingenden Schemas F kommt man da nicht aus.

Darum wird sich die bayerische Landesorganisation auf den Boden der Erklärung setzen müssen, wenn anders die politische Unklugheit von Nürnberg wieder gut gemacht werden soll. Daß der Nürnberger Beschluß eine politische Unklugheit bedeutet, werden die norddeutschen Parteigenossen aus den konservativen und nationalliberalen Blättern ihres Landes zuerst erfahren.

Der Streit um die Budgetfrage ist von den Norddeutschen zum prinzipiellen gemacht worden. Aber auch im Nürnberger Beschluß ist diese Betrachtungsweise als verkehrt konstatiert worden und das, was von den Gegnern der Budgetbewilligung über die prinzipielle Auffassung gesagt wurde, ist lediglich leeres Gerede. Auch die Nürnberger Resolution läßt noch eine Möglichkeit offen, für das Budget zu stimmen, und damit charakterisiert sie wiederum die Frage als eine, deren Lösung sich nicht nach dem Prinzip, sondern nach den Umständen der politischen Situation richtet, also als taktische.

Weshalb würde man denjenigen, der verlangte, daß die deutsche Partei einen Beschluß über die Taktik der russischen oder sonst einer ausländischen Partei fassen soll, mit mitleidigem Lächeln betrachten? Weil jeder ohne weiteres einseht, daß taktische Fragen nur diejenigen entscheiden können, die imstande sind, die diesen zu Grunde liegende politische Situation genau zu übersehen. Ganz dasselbe trifft auf das Verhältnis der deutschen Partei zu den Einzelstaaten zu, obwohl das Band, das diese durch die gemeinsame Reichspolitik miteinander verknüpft, viel enger ist, als das zwischen ausländischen Parteien.

Wir sind ferner auch der festen Ueberzeugung, daß die Nürnberger Resolution auf die Dauer unhaltbar ist.

Sie hat den Streit nicht aus der Welt geschafft, sondern ist seiner Schlichtung aus dem Wege gegangen. Für die Beilegung des Streites gibt es nur den einen Weg: die ganze Landtagspolitik der Landesorganisation zu überlassen. Der Landesparteitag muß durch einen dementsprechenden Beschluß die Initiative zu dieser Lösung ergreifen.

Der bayerischen Landesorganisation wird der Weg um so leichter fallen, als sie an den Zahlen der Nürnberger Abstimmungen erkennen kann, daß die Stimmung in der Partei anders ist, wie sie durch die Annahme der Resolution des Parteivorstandes scheint. Will man die wahre Stimmung der Partei erfassen, so darf man das Stimmenverhältnis bei der Ablehnung der Resolution Probe nicht übersehen. Sie ist mit einer Mehrheit von nur 57 Stimmen gefallen. Aus der hohen Minderheitszahl von 160 ergibt sich, daß die Schlußabstimmung des deutschen Parteitages über die Budgetfrage ein falsches Bild der Parteimeinung gibt. Wäre die Beschickung des Parteitages von Süddeutschland aus besser gewesen (die Pfalz z. B. hat aus sechs Wahlkreisen nur einen Delegierten geschickt) und hätte man in Norddeutschland nicht die verwerfliche Mandatsmacherei betrieben so wäre das Votum des Parteitages anders ausgefallen. . . .

Genosse Ebert hat in seinem Schluszwort ausgerufen, es müsse die Einheitslichkeit unserer Grundlage und unserer Aktionen gewahrt bleiben.

Unserer Grundlage? — Gemiß!

Unserer Aktionen? — Niemals! Denn niemals waren sie einheitslich. Die preußische Partei hat sich mit aller Energie lange gestraubt, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen, während die bayerische schon lange im Landtag vertreten war. Ist das Einheitslichkeit der Aktion? Würde es einem bayerischen Parteigenossen einfallen, wegen der „Einheitslichkeit der Aktion“ an den Reichsparteitag den Antrag zu stellen, die preußischen Genossen haben bei den nächsten Landtagswahlen, wie wir es taten, mit den Konservativen und dem Zentrum ein Kompromiß abzuschließen? Einheitslichkeit der Aktion kann nur dort eintreten, wo die Aktionen auf demselben Boden vor sich gehen: für die deutsche Partei auf dem Boden der Reichspolitik, niemals auf dem Boden der Landespolitik, die für jedes Land ein anderes Aussehen hat.

Die süddeutsche Parteipresse verteidigt fast durchweg den Standpunkt, welchen die 66 Delegierten in ihrer Erklärung auf dem Parteitag präzisieren. Es wird jetzt Sache der organisierten Parteigenossenschaft und der Landesparteitage sein, darüber eine Entscheidung herbeizuführen, ob sie diesen Standpunkt zu dem ihrigen machen.

### Deutsche Politik.

#### Das macht Durchlaucht so!

Vor kurzem fiel der Fürst zu Fürstenberg, der ein vertrauter Freund Wilhelms II. ist, dadurch unangenehm auf, daß er beim Brande von Donaueschingen einem Feuerwehrhauptmann grundlos eine Ohrfeige versetzte. Jetzt wird über denselben Herrn dem Londoner Daily Chronicle aus Kolmar gemeldet:

Fürst Egon zur Fürstenberg war bei seinem Eintreffen mit dem Kaiser in Kolmar darüber wütend, daß er sein Automobil nicht vorfand. Er trug die Uniform eines Gardekorpsmajors und requirierte in dieser Eigenschaft das erste beste Automobil, das er vorfand. Es war dies zufällig das Automobil des Bürgermeisters von Kolmar, Dr. Blumenthal, der in seiner amtlichen Eigenschaft gerade den Kaiser empfing. Der Chauffeur des Wagens weigerte sich zu fahren, bis Fürst Fürstenberg die Genehmigung des Besitzers aufweisen konnte. Der Fürst wandte sich an die Polizei, und da auch diese sich nicht willfährig zeigte, den Chauffeur zu zwingen, drohte er mit militärischer Verhaftung und erreichte damit seinen Zweck, den Kaiser auf dem Ausflug zu begleiten. Der Bürgermeister von Kolmar war über dieses Verhalten um so empört, als Fürst Fürstenberg sich nach der Rückkehr nicht einmal entschuldigte.

Soffentlich wird wenigstens das demokratische Empfinden des Herrn Dr. Blumenthal durch diesen aristokratischen Uebergriff, der an die schönen Zeiten des Faustrechts erinnert, erheblich gestärkt.

#### Nach berühmten Mustern.

Der neue Statthalter von Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, will seinem kaiserlichen Herrn eine Freude machen und predigt gegen die sozialdemokratischen Irrlehren. Bei der Hundertjahrfeier der Schlumbergerschen Fabrik in Gebweiler hielt er eine Ansprache an die Arbeiter, wobei er sagte:

Ihr Veteranen der Arbeit, seid lebendige Beispiele der Treue, die ihr eurem Arbeitgeber gehalten und für die ihr immer seine Treue eingetauscht habt. Haltet fest an diesem Grundsatz! Es sind Irrlehren, die die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter in Gegensatz stellen. Das Wohl des einen bedingt das Wohl des andern. Geht es dem einen

schlecht, dann kann der andere nicht gedeihen. In diesem Sinne wirkt auf eure jüngeren Kameraden ein und eine solche Einwirkung wird für alle Teile zu Nutz und Frommen sein."

Das die Arbeiter besser wissen, was sie zu tun und zu lassen haben, bewiesen die letzten Gemeindevahlen in Gebweiler, die trotz der allgemeinen Hege gegen die Sozialdemokratie ausnehmend gut für unsere Partei ausgefallen sind. Der gräßliche Fuchs soll seine Taubenpredigten aufhören, er sollte an seinen Vorbildern erfahren haben, daß sich die Arbeiter mit solchen Redensarten nicht einfangen lassen.

**Brotverteuerung beim Militarismus.**

Vom Kriegsministerium ist der Preis des Kommissbrottes für die gesamte Armee und Marine von 48 Pf. auf 62 Pf. erhöht worden, so daß jeder Soldat, der außer Menage geführt wird, statt 48 Pf. jetzt 62 Pf. für Kommissbrot erhält. Das 3. Bataillon des 3. Garderegiments zu Fuß in der Köpenickerstraße erhielt in letzter Zeit probeweise helleres Roggenbrot. Bewährt sich dieses, so soll es statt des Kommissbrottes ganz eingeführt werden.

**Die Verurteilung eines Reichsverbändlers.**

Eine Kreatur des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, der ehemalige Krankenkassenbeamte Amandus Schubert in Chemnitz, wurde nach dreitägiger Verhandlung vor dem Chemnitzer Landgericht zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Ueber einen Mitangeklagten Rabe und einen Bruder Schuberts wurden je neun Monate Gefängnis und je zweijähriger Ehrenrechtsverlust verhängt. Schubert hat seinerzeit eine Verleumdungsschrift gegen die sozialdemokratische Verwaltung der Chemnitzer Krankenkasse herausgegeben, er wurde zwar mehrmals deshalb wegen Verleumdung bestraft, aber der Reichsverband schlichtete die in 10 000 Exemplaren verbreitete Schrift doch mit bekannter Unverschämtheit aus. Schubert wurde entlarvt als Verbrecher, alles nützte nichts, der Reichsverband zehrte weiter an den Verleumdungen. Jetzt stand nun Schubert mit seinen zwei Komplizen wegen Verleumdung vor Gericht. Außer der Beweisführung über seine gemeinen Verbrechen war in der Verhandlung von besonderer Wichtigkeit, daß ein Dr. Böser als Verfasser der Schrift gegen die Sozialdemokratie entlarvt wurde. Der Schubert ist nun gerichtet und für jeden abgetan, der nicht selber moralisch verkommen ist. Der Dursche hat übrigens nicht allein dem Reichsverband als Feindesheiler wider die Sozialdemokratie dienen müssen: auch das Zentrum hat seine Verleumderbrochure begierig aufgegriffen und die Schubertschen Stinkbomben im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe verwendet. Wir gratulieren unsern Gegnern zu diesem Seltersheiler, ohne freilich zu hoffen, daß diese Blamage eine heilsame Wirkung ausüben wird. Wer im ehrlichen Geisteskampf nichts ausrichten kann, dem bleibt nur Niedertracht und Verleumdung übrig, wozu sich auf dem Lande noch Dreckslegel und Mistgabel gefallen.

**Ausland.**

**Italien.**

Der sozialistische Parteitag in Florenz, über dessen Verhandlungen wir unseren Lesern zusammenfassend berichten werden, ist von dem Bürgermeister von Florenz, Rechtsanwalt Sanguigni im Namen der Gemeinde begrüßt worden. Das ist das erste Mal, daß ein Bürgermeister einer großen Stadt Italiens einen sozialistischen Parteitag offiziell bewillkommt. Der Bürgermeister erklärte, er sei stolz darauf, die Anhänger einer großen Partei begrüßen zu dürfen, deren Anhänger eine kräftige Stütze der Gemeindeverwaltung sei, an deren Spitze er stehe. Die sozialistischen Gemeindeverwaltungen zweier lieblich gelegenen Industrievororte von Florenz, Festa Fiorentino und Lastra haben die Kongreßteilnehmer offiziell zu einer Besichtigung ihrer Gemeinden eingeladen.

**Schweden.**

Neue Siege der Sozialdemokratie. Am Freitag voriger Woche wählte Göteborg, die zweitgrößte Stadt

**Die Mutter.**

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

74) (Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

IX.

Einmal kam der stets affurante Nikolai viel später als sonst aus dem Dienst und erzählte schnell, ohne sich auszukleiden: "Denken Sie sich, Milovna, heute ist während der Besuchszeit einer von unseren Freunden aus dem Gefängnis entsprungen... Wer es ist, konnte ich nicht erfahren..."

Die Mutter schwankte vor Erregung, setzte sich auf einen Stuhl und fragte leise:

"Wahrscheinlich Pawel?"

"Möglich!" antwortete Nikolai achselzuckend. "Aber wie kann man ihn verstehen, wo soll man ihn finden? Ich bin eben durch die Straßen gegangen, dachte ihm zu begegnen. Das ist dumm, aber man muß doch irgend etwas unternehmen! Ich gehe wieder fort..."

"Ich auch..." rief die Mutter.

"Gehen Sie zu Jegor, vielleicht weiß er etwas!" schlug Nikolai vor und beschwand.

Sie warf ein Tuch über den Kopf und trat voll Hoffnung hinter ihm auf die Straße. Es flimmerte ihr vor den Augen, ihr Herz klopfte heftig und ließ sie fast laufen. Sie schritt, auf alles Mögliche gefaßt, fast gebankenlos dahin.

"Wahrscheinlich ist er schon bei Jegor..." blühte ein Hoffnungsstrahl in ihr auf und trieb sie vorwärts...

Es war heiß, sie leuchtete vor Müdigkeit, und als sie bei der Treppe von Jegors Wohnung ankam, blieb sie stehen; ihre Kräfte waren zu Ende. Sie wandte sich um und schrie erlaut auf, denn es war ihr, als wenn Nikolai Wjessowitsch mit den Händen in der Tasche im Torweg stand und sie lächelnd ansah. Als sie aber wieder hinblühte, war niemand im Torwege...

"Hab' mich vielleicht doch geirrt!" sagte sie sich in Gedanken, schritt die Stufen hinauf und horchte. Unten auf dem Hof hörte man langsame Schritte. Sie blieb an einer Treppen-

des Landes, ihre neun Abgeordneten zur zweiten Kammer. Unsere Genossen hatten mit den entschiedenen Liberalen eine gemeinsame Liste aufgestellt, die allerdings nur zwei sozialdemokratische Kandidaten enthielt, und zwar den bisherigen Abgeordneten Lindblad, Redakteur der "Ny Tid", und den Volksschullehrer Kristensson. Die Liste siegte, so daß unsere Partei nicht nur ihr altes Mandat behauptet, sondern auch ein neues erobert hat. Ein weiteres Mandat eroberten unsere Genossen in Landskrona, wo ebenfalls ein sozialdemokratischer Volksschullehrer, Genosse Walden, gewählt wurde und zwar an Stelle eines konservativen Konsuls, der den Kreis bisher vertrat. Damit sind bis jetzt 20 Sozialdemokraten gewählt, unter ihnen 10 wiedergewählte und 10 neugewählte. Von den neuen Mandaten haben unsere Genossen 5 den Konservativen abgenommen, 4 den Liberalen und eines in einem neugebildeten Wahlkreis erobert. Die liberale Zeitung "Witeborgs Sandelstidning" rechnet damit, daß die neue zweite Kammer sich aus 78 Konservativen, 12 Gemäßigten, 108 Liberalen und 32 Sozialdemokraten zusammensetzen wird. Vielleicht wird die Zahl der Sozialdemokraten noch etwas größer werden, denn in den Kreisen, die noch zur Wahl stehen, hatten unsere Genossen bisher schon 7 Abgeordnete

**China.**

Das chinesische Justizministerium weist nach einer Meldung der "Frankfurter Zeitung" in einem an den Thron gerichteten Schreiben darauf hin, daß trotz des Schließens der Opiumkneipen der ärmeren Bevölkerung der Gebrauch der Morphinumpritze bleibe. Das Ministerium schlägt deshalb vor, die Fabrikation von Morphinumspritzen mit Verbannung in eine ungesunde Gegend zu bestrafen. Kaufleute, die mit Morphinum Handel treiben, ohne eine Lizenz zu haben, sollen in gleicher Weise bestraft werden, bei gleichzeitiger Schließung der Läden. Die kaiserliche Regierung hat diese Vorschläge angenommen und eine dementsprechende Verfügung erlassen.

**Badische Politik.**

**Elektrifizierung der Kleinbahnen.**

Für die von den badischen Lokaleisenbahnen, Aktiengesellschaft, geplante Erweiterung des elektrischen Betriebes auf der Albtalbahn ist nunmehr die Genehmigung für die Strecken Ettlingen—Serranals und Bufenbach—Pforzheim nachgefordert worden. Gleichzeitig ist der Umbau der Strecke Karlsruhe—Ettlingen, die bisher mit Gleichstrom von 550 Volt betrieben wurde, auf das Einphasenwechselstromsystem mit 800 Volt geplant. Das Ministerium beabsichtigt, die beantragten Änderungen zu genehmigen.

**Den Austritt aus dem Block**

wollen die badischen Demokraten auf dem in Tübingen demnächst stattfindenden Parteitag der deutschen Volkspartei beantragen. Wir bezweifeln, ob sie damit bei den Bayern und Konstanten Erfolg haben.

**Eine Städtekonferenz**

findet heute in Freiburg statt. Die Vertreter der badischen Städte werden u. a. sich auch mit der Frage der geplanten Elektrizitätssteuer beschäftigen.

**Großblock**

ist das Schlagwort, mit dem die liberale und konservative Presse zurzeit frechen geht. Neuerdings brachte die junkerliche "Kreuzzeitung" einen geharnischten Artikel gegen die Nationalliberalen, in dem es u. a. heißt:

"Es ist für die nationalliberale Partei in Baden ein Verhängnis, daß sie sich durch ihren linken, von dem radikalen Nachwuchs unterstützten Flügel in eine Politik hat treiben lassen, die schließlich nur zum Ruin der Partei führen kann... Die Nationalliberalen leisten im Großblock den radikalen Bundesgenossen nur zum eigenen Nachteile Vorschub. Sie verleugnen ihre ganze Vergangenheit, erleiden schwere Einbuße an ihrem Ansehen und entfremden sich gerade die besten Elemente unter ihren Anhängern im Lande. Erst kürzlich

hat die „Südwestdeutsche Arbeiterzeitung“ ausdrücklich erklärt, daß die Arbeiter in Baden die Großblockpolitik nicht mehr mitmachen könnten. In einer Zuschrift eines im „politischen Leben nicht unbekanntem“ Nationalliberalen an die „Deutsche Reichspost“ heißt es, auch die Bauern und Handwerker würden voraussichtlich demnächst gegen die Großblockpolitik protestieren, es könne leicht dahin kommen, daß die badische nationalliberale Partei bei den nächsten Landtagswahlen nur noch aus jungliberalen Führern ohne Wählerbestehe. Der Verfasser der Zuschrift wünscht eine Scheidung seiner Partei vom Großblock, ehe es zu spät sein könnte. Bei den im badischen nationalliberalen Lager herrschenden Verhältnissen ist allerdings nicht an eine Wendung zum Besseren zu denken, ehe nicht eine Katastrophe klar gezeigt hat, daß der Kurs im Kielwasser des Großblocks ins Verderben führt."

Welcher Kurs vom Liberalismus ins Verderben führt, das lehrt die Geschichte seiner Vergangenheit. In allen Ländern, wo der Liberalismus sich zu einem energischen Kampf gegen die Reaktion aufgerafft hat, erzielte er damit Erfolge und umgekehrt, wo er — wie in Deutschland — sich zum Büttel der Reaktion erniedrigte, hat er seinen politischen Einfluß verloren. In Baden — das kann man zugeben — steht der Liberalismus vor einer Entscheidung, bei der Sein oder Nichtsein auf dem Spiele steht. Wie die Wähler denken, welche noch liberal denken, das hat der 27. und 28. Oktober des Jahres 1905 deutlich gezeigt. Freilich, wenn die Nationalliberalen sich durch das Geschehen der Reaktionäre einschüchtern lassen, dann ist es kein Wunder, wenn die Wähler schließlich das Vertrauen verlieren. Nicht der Großblock ist für den Liberalismus eine Gefahr, sondern die Tatsache, daß der Liberalismus über keinen einzigen Mann mehr verfügt, der die Situation beherrscht und den Mut besitzt, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen.

**Genossenschaftsbewegung.**

Bad. Rheinfelden, 22. Sept. Am Sonntag, 20. September, fand hier ein Einkaufstag der vereinigten Konsumvereine des Wiesens- und unteren Rheintales statt. Derselbe war von 11 Vereinen mit 83 Vertretern besetzt. Auch war ein Vertreter der Großeinkaufsgenossenschaft anwesend. Es entwickelte sich gegen früher ein flottes Geschäft. Es wurden der Großeinkaufsgenossenschaft für circa 25 000 Mk. Aufträge erteilt. Es wurden auch vielfach Meinungen über diese und jene Ware ausgetauscht und verstand es der neue Geschäftsführer von Lörrach, Herr Schubert, vorzüglich, neue Anregungen zu geben. Sodann hielt Herr Schubert ein Referat über den Wert der Großeinkaufsgenossenschaft. Er referierte kurz, daß der Wert der Großeinkaufsgenossenschaft noch nicht so anerkannt ist, wie es nötig wäre. Vielmehr wäre es Pflicht eines jeden Vereins, die Waren von derselben zu beziehen, solange dieselbe zu denselben Preisen liefert, wie die Großisten. Viel mehr Wert müssen wir auf die Ausbaue unserer Einkaufsvereine im Wiesental legen; es ist noch mancher Verein da, der sich uns anschließen muß. Wenn wir einmal stark dastehen, kann uns die Großeinkaufsgenossenschaft noch bedeutend billigere Preise einräumen, wie die Konkurrenz. In diesem Sinne zu wirken sollte Pflicht der Geschäftsführer und Aufsichtsratsmitglieder sein. Es wurde dann zur Wahl des geschäftsführenden Ausschusses geschritten, in welchen Lörrach, Hausen und Schoppsheim gewählt wurde. Lörrach ist Vorort. Dasselbst wird auch der nächste Einkaufstag stattfinden. Auch wird Herr Schubert-Lörrach das nächste Mal einen Vortrag über Truhs- und Kartelle halten. Mit einem Appell, den nächsten Einkaufstag genau so wie heute, eventuell noch besser zu beschicken, schloß Herr Müller-Schoppsheim den Einkaufstag.

**Aus der Partei.**

**Der „Freiheit“ wiedergegeben.**

Der Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genosse Oskar Heinig, hat Sonntag früh die Strafanstalt Hoheneck verlassen, in der er 1 Jahr und 9 Monate interniert war. Diese furchtbare Strafe wurde Heinig zu einer Zeit zubüßert, in der die Wogen des Wahlrechtskampfes besonders hoch gingen. Wegen 26 Artikeln der „Leipziger Volkszeitung“ war gegen Heinig als dem verantwortlichen Redakteur Anklage erhoben worden, fünf

Schlaf... Aber bald bejamm ich mich — wohin? Ich sehe mich um, das Gefängnistor war schon geschlossen. Da wurde mir ungemütlich... die Genossen taten mir leid und überhaupt... es war so bumm... ich hatte nicht daran gedacht, fortzugehen...

"Hm!" sagte Jegor. "Mein Herr, Sie sollten doch umkehren, höflichst an die Tür klopfen und um Einlaß bitten; Sie sollten sagen: Entschuldigen Sie gütigst, ich habe mich hinreichend lassen..."

"Ja," fuhr Nikolai lächelnd fort, "das wäre auch eine Dummheit, ich verstehe wohl. Trotzdem ist es den Freunden gegenüber nicht hübsch gehandelt. Ich habe niemandem Bescheid gesagt... bin einfach fort... auf und davon. Dann sehe ich, wie ein Leichenzug vorüberkommt. Ich gehe hinter dem Sarge her, senke den Kopf und blide niemanden an... Sitze dann eine Weile auf dem Kirchhof, der Wind weht mich an... und mir kommt ein Gedanke..."

"Einer?" fragte Jegor und setzte seufzend hinzu: "Na, der wird ja wohl Platz gehabt haben!..."

Wjessowitsch lachte ohne jede Empfindlichkeit und schüttelte den Kopf.

"Mein Kopf ist jetzt nicht mehr so leer wie früher... aber du, Jegor Iwanowitsch, bist ja immer krank..."

Jeder tut, was er kann!" erwiderte Jegor feucht hustend.

"Fahr' nur fort!"

"Dann kam ich ins Landesmuseum... ging dort hin und her, sah mir die Sachen an und dachte immer, was nun, wohin geht gehen? War sogar böse auf mich... und hatte mächtigen Appetit! Ich trete auf die Straße, gehe dorthin, ärgere mich... sehe schon, wie die Polizisten alle Leute angucken... nun, denke ich, mit meiner Waise bin ich bald geteufelt... Blühlich kommt mir die Milovna entgegen gelaufen... ich gehe beiseite, folge ihr... das ist alles!"

"Und ich habe dich gar nicht bemerkt!" meinte die Mutter schuldbehaftet. Sie betrachtete Wjessowitsch und es war ihr, als wenn er leichter geworden wäre.

"Sicher sind die Freunde in Sorge..." sagte er, sich den Kopf kratzend.

(Fortsetzung folgt.)

davon hatte das Landgericht nur noch übrig gelassen, aber sie richteten aus zu der drakonischen Strafe. Das Gericht war der Aufforderung des Oberstaatsanwalts Böhme gefolgt, der in seinem Plädoyer sagte: „Konstruieren Sie den Tatbestand wie Sie wollen, aber greifen Sie hoch mit der Strafe!“ Der Landgerichtsdirektor Maulisch, der Vorsitzende jener Strafkammer, wurde nach kurzer Zeit zum Oberlandesgerichtsrat in Dresden befördert, und neun Tage vor dem Feste der Liebe wurde Genosse Heimig für 21 Monate hinter Gefängnismauern begraben. Gestern kehrte er zurück zu den Seinen. An dieser Stelle geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß die lange Strafe der Gesundheit des Genossen Heimig keinen Schaden gebracht hat, damit er bald wieder in die Reihen der Kämpfer gegen Unterdrückung und Entrechtung eintreten kann.

**Raboldzell, 22. Sept. Sozialdem. Verein.** Die nächste Mitgliederversammlung findet am Samstag, 26. Sept., abends 8 Uhr, im „Kroftobil“ statt. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, ist vollzähliges Erscheinen erwünscht.

**Gewerkschaftliches.**

**Mahregelungen in der Maschinenfabrik Augsburg.** Entgegen ihren öffentlich abgegebenen Versicherungen, daß die Koalitionsfreiheit der technischen Beamten nicht beschränkt würde, hat die Direktion der M. A. nun doch zwei ausgeprochene Mahregelungen vorgenommen. Die Augsburgische Ortsgruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten hatte der dortigen Presse eine Nichtigstellung der von der Direktion der M. A. verbreiteten Nachrichten zugesichert. Sofort nach dem Erscheinen dieser sachlich gehaltenen Erklärung ist der Obmann der Ortsgruppe auf unbestimmte Zeit **beurlaubt** worden und zwar unter Umständen, die ein großes Licht auf die Tendenz dieser „Beurlaubung“ werfen. Der betreffende Ingenieur, der seit 8 Jahren bei der Firma tätig ist, mußte in 15 Minuten seine umfangreichen Arbeiten abliefern, während gleichzeitig sämtliche Fabrikportiers mit seinem Signalement versehen wurden und die Weisung erhielten, ihn an einem weiteren Betreten des Fabrikgrundstückes zu hindern! Später ist dann noch ein zweiter Führer der Augsburgischen Bundesbewegung „beurlaubt“ worden.

**Düsselbör, 20. Sept. Der Kampf gegen das Zweifelhülssystem in der Münchener Gladbacher Textilindustrie.** Samstag Abend wurden bei der Firma Achter u. Ebels in München-Gladbach 18 Weber gefoltert, weil sie sich weigerten, zwei Stühle zu bedienen. Eine Versammlung der Arbeiter wird heute zu der Sache Stellung nehmen. Zugung von Textilarbeitern ist fernzuhalten!

**Kürnbach, 22. Sept. Am Sonntag, 20. ds. Mts.,** fand hier eine Steinarbeiterversammlung von hier, Deringen und Sternfels statt, welche sich mit der Lohnreduzierung in dem Betriebe des Herrn Lachenauer von hier zu beschäftigen hatte. Als Referent war Gauleiter Braun aus Karlsruhe erschienen, welcher in einflussreicher Rede über den Vorfall referierte. Eingangs seiner Rede kam er auf die Lohnreduzierung zu sprechen und betonte dabei, daß gerade das, was man im Frühjahr im Baugewerbe durchsumaden hatte, jetzt in unserem Gebiet bemerkbar würde. Im Laufe seiner Ausführungen streifte er die Macht der Organisation, die Bundesratsverordnung, nebst der miserablen Lohnauszahlung am Sonntag und in den Wirtschaften. Während in der guten Konjunktur die Unternehmer den Profit hatten, gingen die Arbeiter leer aus. Es ist Aufgabe der Kollegen, alle Verschlechterungen abzuwehren. Der Sachverhalt der Lohnreduzierung ist folgender: Letzten Jahrtag hatte Herr Lachenauer durch seine Poliere erklären lassen, daß nächsten Jahrtag 12 Prozent des Lohnes abgezogen werden. Infolgedessen haben die Arbeiter beschlossen, Stellung dagegen zu nehmen und wurde Gauleiter Braun nebst einer Kommission bei demselben vorstellig. Leider war Lachenauer verreist und konnte deshalb keine Unterhandlung stattfinden und mußte Braun nebst Kommission am Donnerstag den 17. ds. Mts. wieder vorstellig werden. Er kam aber schon an: Als er in dessen Hof hinein kam, sprang Lachenauer auf ihn mit geballten Fäusten zu und empfing ihn etwa mit folgenden Worten: „So was ist der Braun, wo die Leute aufsteht? und bedrohte ihn mit der Klage des Hausfriedensbruchs.“ Das ist die Bildung dieser Herren! Auszutreten des Herrn Lachenauer ist eine Misachtung der Arbeiter im höchsten Grade. Auf dieses hin wurde eine andere Kommission vorstellig, da aber auch diese zu keiner Einigung führte legten die Kollegen am Freitag die Arbeit nieder. In der oben erwähnten Versammlung wurde dann einstimmig beschlossen, in den Zustand zu treten bis Lachenauer auf friedlichem Wege mit den Arbeitern zu unterhandeln gewillt ist.

Es liegt nun an den Kollegen, den Betrieb solange zu meiden, bis geordnetere Zustände geschaffen sind, dann ist der Erfolg unser. Dabei muß gesagt werden, daß die Sympathie der Kollegen von ganz Deutschland hinter uns steht. Da die Kollegen in anderen Betrieben schon untergebrückt sind, so können wir getrost der Zukunft entgegen sehen. Erwähnt sei noch, daß das nur ein Vorpostengefecht ist für das nächste Jahr. Mögen die Kollegen daraus die Lehre ziehen und die uns noch fernstehenden sich der Organisation anschließen, dann kommt auch die Zeit, wo wir geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen können. Unsere Parole sei: **Einer für Alle und Alle für Einen!**

**Badische Chronik.**

**Durlach.**

Diebe stalteten der Weiche der Geschwister Schmuß in der Nacht vom 22. auf 23. Juni einen Besuch ab und entwendeten Wäsche im Werte von etwa 40 Mark. Anfangs festete jeder Anhaltspunkt dafür, wer diesen Diebstahl begangen haben könnte. Die polizeilichen Recherchen brachten aber nach einigen Wochen Licht in das den nächtlichen Weitegung umhüllende Dunkel und führten zur Ermittlung der Täter: des Wühlbauers August Schwardel aus Jöhlingen, des Hausburschen Philipp Schlicht aus Heuweiler und des Rordmachers Andreas Schimpfgen. Kief aus Ludwigshafen. Sie waren in der genannten Nacht über den 1½ Meter hohen Gartenzaun in die Weiche eingestiegen und hatten die dort hängenden Wäschestücke sich angeeignet.

Die Diebe standen gestern vor der Karlsruher Strafkammer. Das Gericht erkannte wegen schweren Diebstahls gegen Schwärdel auf 9 Monate, gegen Schlicht auf 6 Monate und gegen

Schmuß auf 8 Monate Gefängnis. An jeder Strafe kam ein Monat Untersuchungshaft in Abzug.

**Baden-Baden.**

Die verflochtenen Gemeinbewahnen. Zu diesem Thema schreibt man uns noch: Zu dem Artikel in Nr. 218 des „Volksfreund“ glaubt Herr Roman Schmid, Vorsitzender der hiesigen Zentrumsparthei, eine Nichtigstellung machen zu müssen, indem er sagt: „Das Anerbieten eines Proporzess seitens der liberalen Parteien sei an die Zentrumsparthei nicht gemacht worden.“ Auch dem „Badener Tagblatt“, welches unsern letzten Artikel abdruckte, sandte Herr Schmid die gleiche Verächtigung zu. Das „Tagblatt“ erklärte dazu: „daß es sich bei dem feinerzeitigen Briefwechsel nicht um das Angebot eines Proporzess, sondern lediglich um die Anfrage, ob die Zentrumsparthei gewillt sei, die Gemeinbewahnen auf Grund eines Kompromisses der einzelnen politischen Parteien zu vollziehen, handelte. Alles Nähere sollte weiteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Dieses Kompromiß konnte nicht vollzogen werden, weil die Zentrumsparthei nicht dafür zu haben war.“

Die Nichtigstellung des Herrn Schmid ist nichts als echt jesuitisch-zentrunmlische Wortlauberei. Als ob ein Kompromiß unter den politischen Parteien nicht das Eingehen auf einen freiwilligen Proporz zur Voraussetzung hätte! Damit ist für uns die Sache abgetan. Wir haben jetzt alle Ansichten zum Wort kommen lassen und bitten, von weiteren Zuschriften zu diesem Thema Abstand zu nehmen.

**Offenburg.**

Der Raubmörder Jansson, der eine zeitlang den „Wilden Mann“ gespielt hat, ist in Jepseln gelegt worden. Er behauptet jetzt auch, gar nicht v. Jansson zu heißen, gleichwohl wird er voraussichtlich in der nächsten Schwurgerichtsperiode abgeurteilt werden.

**Freiburg.**

Parteigenossen, agitiert für den „Volksfreund“!

„Gefangener, Freundchaft“. Die Sänger wollen wir an dieser Stelle auf die heute Abend in der Aula der Realschule stattfindende Gesangsprobe hinweisen. Da zum erstenmal der neue Dirigent, Herr Kapellmeister Haib, die Probe abhält, sollte kein Sänger fehlen.

Freie Turnerschaft. Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, gibt die Freie Turnerschaft ihren Rekruten — es sind diesmal 10 an der Zahl, die 2 Jahre lang das Rordhandwerk erlernen dürfen — ein Abschiedsträngethen im „Löwenteller“ in der Markstraße. Siezu sind alle Freunde der freien Turner, speziell diejenigen, die gerne tanzen, eingeladen. Für eine gute Unterhaltung ist reichlich gesorgt.

Eine öffentliche Malerversammlung fand vorgestern Abend im Restaurant zum „Storch“ in der Schiffstraße statt. Herr Hüß, Gauleiter des Malerverbandes, referierte über das Thema: „Krieg und Frieden in der deutschen Malergewerbe“. Zwei Stunden lauschten die Anwesenden dem redlichen Munde ihres Gauleiters, der es verstand, die gegenwärtige Situation im Malergewerbe seinen Zuhörern klar auseinander zu legen. Die Karlsruher Malertagung wurde einer eingehenden Kritik unterzogen und die Spiegelfedererei des Untermertums à la Emil Krufe, unter die Lupe genommen. Verschiedene Submissionsblüten, die der Vortragende zum Besten gab, erregten die größte Heiterkeit. Redner erläuterte die Wünsche des Untermertums und behandelte auch speziell die Streiklausel. Selbst der deutsche Juristentag habe mit Schreden diese häßliche Unternehmer-Mißgeburt verworfen, was jedenfalls viel heißen will. Redner erörterte dann die Neutralitätsfrage und kam auf die „christliche Rechenschaft“ zu sprechen. „Religion gut, Rechnen schlecht ist die Note, die den Christlichen gegeben werden muß. Redner wies auf die Befehle des Hochfürsten „Leber die Gewerkschaften“ hin, die 1900 erschienen ist und verlas einige Resolutionen. Mit einem kräftigen Appell, sich dem freien Verbande anzuschließen und unablässig zu agitieren für die Organisation, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die Diskussion war schwach und auch der Besuch leider nicht besonders stark.

Töblicher Unfall. Vorgesestern unternahmen zwei Herren eine Fuhrtour nach der Gefällmatte (Gemeinde St. Wilhelm) und bestiegen von hier aus einen Felsen, den sogenannten Bauerturm. Beim Abstieg verlor der eine der Touristen, der 19jährige Student Fritz Sommer aus Rottbus und hier bei seinen Eltern wohnt, den Halt und stürzte, ohne daß sich in einiger Entfernung gehender Begleiter ihm beistehen konnte, 20-25 Meter tief ab, wobei er einen Bruch der Wirbelsäule erlitt, der den sofortigen Tod herbeiführte.

Auf der neuen Straßenbahnlinie (F), Lehenerstraße-Friedhof und Güterbahnhof haben die Probefahrten begonnen und sind sehr befriedigend ausgefallen. Am 1. Oktober wird voraussichtlich die Inbetriebnahme erfolgen können.

Ein schwerer Baunfall ereignete sich Mittwoch früh 8 Uhr an dem Neubau der anatomischen Klinik. Ein Arbeiter warf aus der Höhe der dritten Etage ein circa 2 Meter langes, 10 x 10 Zentimeter starkes Holz zur Erde. Im gleichen Moment trat der Bauarbeiter Alois Gehring er zu ebener Erde unter dem Baugerüst hervor. Das Holz traf Gehring mit der ganzen Wucht. Töblich getroffen sank er zur Erde. Gehring war 40 Jahre alt und unverheiratet.

Wenn irgendwo, so hat in diesem Fall der Reichtum ein Opfer gefordert. Offenlich wird der Schuldige zur Rechenschaft gezogen werden. Wir kommen noch auf den Fall zurück, besonders auch auf das eigentümliche Verfahren der Untersuchungsbehörde.

Wegen Meinidsverleitung mußte sich am 22. d. M. vor der Strafkammer der frühere Schuhmann Julius Mann an Ottoschanden verantworten. Der 30jährige Angeklagte war früher in Mannheim als Schuhmann angestellt; im Februar ds. Js. kam er als Schuhmann nach Freiburg. An einem Julimorgen traf er in der Adlerstraße zwei „Damen“ von jener Sorte, wie sie früher die Hochbergstraße bevölkerten. Eine kurze Verabredung und der Schuhmann brachte es an dem Vormittag fertig, den „Damen“ zwei Stelldichein zu geben. Bei der zweiten Zusammenkunft führte A. die zwei Schönen auf den Schloßberg; die eine postierte er als Schildwache vor eine Hütte, während er sich mit der andern zu einem Schäferstündchen in das Innere der Hütte zurückzog. Doch ungeführt sollte sich der Herr Schuhmann seines Glückes nicht freuen; auf der Wildflade erschien plötzlich Schuhmann W., der auf einem Dienstgange auf dem Schloßberg begriffen war. Der erlappte Sünder

bat seinen Kollegen, ihn nicht melden zu wollen. Um aber allen Eventualitäten vorzubeugen, instruierte der Angeklagte die Mädchen auf dem Heimwege, sie sollten ihn nicht verraten. Und auf die Einwendungen der beiden, daß sie vielleicht schwören müßten, meinte er: „Schwört nur einfach, es wäre nicht so, es hats niemand gesehen, es kanns niemand beweisen!“ Der Angeklagte bestreitet, sich in dieser Weise geäußert zu haben, der Gerichtshof hielt aber die Schuld Manns für erwiesen und verurteilte ihn zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft.

**Villingen.**

Eine Bürgerauschufung fand vorgestern nach mehrmonatlicher Pause wieder einmal statt; dieselbe war nur von 44 Mitgliedern besucht. Die Ernennung des Rechner Kerner der Spar- und Waisenasse wurde abgelehnt; derselbe scheint kein großes Zutrauen beim Bürgerauschuf zu haben. Dieser Posten soll zur Bewerbung ausgeschrieben werden. Die Regelung der Lohn- und Rechtsverhältnisse der städtischen Arbeiter betraf den folgenden Punkt: Ein Lohnstarif und Arbeitsordnung lag den Mitgliedern gedruckt vor und wurden beide Teile einstimmig angenommen. Von seiten unserer Partei wurden bei diesem Tarif und Arbeitsordnung einige Verbesserungen gewünscht, welche zum Teil leider nicht berücksichtigt wurden. Nun es ist doch wenigstens ein Fortschritt in Bezug auf Arbeitsverhältnisse der hiesigen städt. Arbeiter zu verzeichnen.

Keine Ursachen... In einem Alimantationsprozeß sollen mehrere Ursachen aus Oberschach zugunsten des verhafteten Ludwig Schuß falsch geschworen haben. Wie sich nun herausstellt, hat Schuß vom Gefängnis aus noch andere Zeugen zu falschen Aussagen verleiten wollen. Die jungen Leute aus Oberschach befinden sich bereits in Haft.

**Singen.**

Ueber den eben abgelaufenen Partitag haben die beiden hiesigen Zeitungen, sowohl das „Tagblatt“, als auch die „Singer Nachrichten“ in edlem Wettstreit miteinander, derart tendenziös gefärbte und zum Teil ganz unrichtige Berichte gebracht, daß es geradezu unbegreiflich erscheint, daß es noch Arbeiter gibt, die derartige Blätter halten und unterstützen. Die Arbeiter sollten doch endlich begreifen, daß Zeitungen, die der Arbeiterschaft jahraus jahrein Knüttel zwischen die Beine werfen, nicht in Arbeiterwohnungen gehören. Für einen vernünftigen Arbeiter ist es heutzutage geradezu Pflicht der Selbst-erhaltung, diejenige Presse zu halten und zu unterstützen, die auch jeberzeit für die Arbeiterschaft eintritt und das ist der „Volksfreund“.

Der bevorstehende Quartalswechsel gibt die beste Gelegenheit, jene Zeitungen, die für die Bestrebungen der Arbeiterschaft nur Spot und Hohn übrig haben, aus dem Hause zu werfen und dafür den „Volksfreund“ zu abonnieren. Auch die Parteigenossen sollten den Quartalswechsel ausnützen und möglichst jeder ein paar frische Abonnenten zu gewinnen versuchen, denn je größer die Abonnentenzahl, desto größer unser Einfluß und desto wirkungsvoller sind wir in der Lage, Berunglimpfungen gegnerischer Blätter zurückzuweisen.

**Waldsüt.**

Gewerbegericht. Am Samstag, 26. Sept., abends 8 Uhr, wird auf Veranlassung des hiesigen Ortsvereins des Verbands Deutscher Buchdrucker Herr A. Friedrich aus Freiburg im „Schffelhof“ hier einen Vortrag halten über: „Das Gewerbegerichtsgefetz und welche Vorteile bringt die Errichtung eines Gewerbegerichts für die Arbeiterschaft?“ Kollege Friedrich ist Gewerbegerichtsbeisitzer in Freiburg und dürfte daher eine zu diesem Thema berufene Persönlichkeit sein. Wir erfinden alle Gewerkschafts- und Parteigenossen von Waldsüt und Umgebung, sich am Samstag Abend recht zahlreich zu diesem wichtigen Vortrage einfinden zu wollen.

Frozheim, 23. Sept. Blutschande. Der Schreiner Albrecht Sperr von hier wurde wegen Blutschande zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wahlfischerz. Bei der letzten Bürgerauschufwahl soll statt eines Wahlzettels eine unbezahlte Schneidrechnung in die Urne geworfen worden sein.

Wingarten, 22. Sept. Arbeiterrisiko. Der Maurer Heinrich Hill stürzte beim Aufbauen eines Ramms so unglücklich vom Gerüst, daß der Tod sofort eintrat. Der Bedienstete hinterläßt eine Witwe und 1 Kind.

Donaufchingen, 23. Sept. Das Norddeutsche Hilfskomitee für Donaufchingen gibt folgendes bekannt: Die Spenden für Donaufchingen laufen erfreulicherweise von öffentlichen Körperschaften, wie von Privatpersonen fortgesetzt zahlreich ein. Seit der letzten Veröffentlichung bewilligten von städt. Körperschaften: Wreslau 3000 Mk., Charlottenburg 3000 Mk., Wilmersdorf 1000 Mk., Schöneberg 1000 Mk., Stralsund 500 Mk., Flensburg 500 Mk., Neuwied 500 Mk., Minden 500 Mk., Erfurt 1000 Mk., Königsberg 1000 Mk., Wandsbeck 500 Mk., Neumünster 500 Mk., Meiningen 500 Mk., Lüdenscheid 1000 Mk., Osnabrück 500 Mk., Halle 1000 Mk., Rendsburg 500 Mk.; selbst die kleinsten Gemeinden stehen mit Beiträgen nicht zurück. Die Norddeutschen Seefabelwerke in Nordenham sandten 500 Mk., die Wandsbeder Bank 500 Mk. Neben den Privatpersonen beteiligten sich auch Aktiengesellschaften an dem Liebeswerk. Das Berliner Metropol-Theater wird ebenfalls eine Wohltätigkeits-Vorstellung zugunsten der Abgebrannten veranstalten.

An Liebesgaben spendeten die Gemeinden Dürheim 160 Zentner Heu und 50 Zentner Stroh, Wehofen 35 Zentner Heu, Mengon 70 Zentner Heu und 100 Zentner Stroh, Wollerdingen ebenfalls 30 Zentner Heu usw.

Da ein großer Teil der Akten des hiesigen Amtsgerichts mitverbrannt ist, werden alle Personen, die in irgend einer Angelegenheit das hiesige Amtsgericht in Anspruch nehmen müssen, aufgefordert, die betr. Papiere mitzubringen; die verbrannten Akten sollen nun auch auf diese Weise wieder ersetzt werden.

Wonnborn, 23. Sept. Steuererheber-Verband. Eine Bezirksversammlung der Steuererheber tagte am Sonntag in der „Post“ hier. Herr Major Döhler-Oberbrand sprach über die Vorzüge und die Notwendigkeit einer engeren Vereinigung des Steuererheberverbandes. Von den 1300 Steuererhebern des Landes gehörten bereits über 800 den einzelnen Bezirksverbänden bezw. dem Landesverbande an. Es wurde beschlossen, auch hier einen Bezirksverein mit Anschluß an den Landesverband zu gründen.

\* **Konstanz, 23. Sept.** Ein Ersahreservist ist kein „Herr“. Ein früher hier wohnhafter Kaufmann, der wegen Herzleidens nur zur Ersahreserve ausgehoben worden war, mußte sich als solcher regelmäßig zur Kontrollerversammlung stellen. So hatte er auch zum 28. April wieder einen Gefelungsbefehl erhalten. Acht Tage vorher erschien er beim Bezirksfeldwebel und teilte mit, daß er eine Geschäftsreise nach Frankfurt antreten müsse und deshalb nicht zur Kontrollerversammlung erscheinen könne. „Das müssen Sie schriftlich einzeichnen“, sagte der Feldwebel; der Kaufmann schrieb dann von Frankfurt aus an das Bezirkskommando. Einige Zeit nachher erhielt er eine Vorladung mit der Androhung, wenn er nicht erscheine, werde seine Vorführung durch die Polizei erfolgen. Der Kaufmann ärgerte sich über diese Drohung und darüber, daß die Zuschrift „an den Ersahreservisten H.“ ohne den Zusatz „Herr“ lautete. Er ging aufs Meldeamt und sagte: „Ich bin der Herr H.“ — Als Ersahreservist steht Ihnen das Prädikat „Herr“ nicht zu, belehrte ihn der Bezirksfeldwebel. Nun kam es zu Auseinandersetzungen, die dem Ersahreservisten eine Anklage wegen Verletzung und außerdem wegen Ungehorsams — weil er ohne Erlaubnis von der Kontrollerversammlung weggeblieben sei — eintrugen. Das Standgericht des 114. Regiments verurteilte ihn dann zu insgesamt drei Tagen Mittelarrest. Der Kaufmann legte Berufung ein und da er jetzt in Gomburg b. d. G. wohnt, kam die Sache vor das Kriegsgericht in Frankfurt a. M. Dieses sprach ihn von der Anklage des Ungehorsams frei, da er auch in früheren Fällen auf mündliche Entschuldigung von der Kontrollerversammlung entbunden worden war, nahm aber ebenfalls eine Verurteilung an und verurteilte ihn deswegen zu zwei Tagen gelinden Arrestes.

— **Frau Tjell** hat dem Vernehmen nach am Bodensee eine Villa gekauft und wird am 1. November mit ihrem neugeborenen Töchterchen dorthin zu dauerndem Aufenthalt übersiedeln.

— Ein **Lebensmüder Unbekannter** hat sich Sonntag nachts von der Rheinbrücke aus in den Rhein gestürzt. Die Leiche konnte bis jetzt nicht gefunden werden.

\* **Bad. Mheinfelden, 22. Sept.** Der in der Natriumfabrik beschäftigte, in Basel wohnhafte Arbeiter **Strittmatter** wurde am Montag, 21. Sept., vormittags, von einem leichten Unwohlsein betroffen. Er wurde ins Krankenzimmer gebracht, wo der Arzt einen leichten Schlaganfall feststellte. Kurz nach Mittag ist der Mann verschieden; ein weiterer Schlaganfall hatte seinem Leben ein Ziel gesetzt. Die Leiche wurde nach dem hiesigen Leichenhause gebracht. Der Verstorbene hinterläßt Frau und Kinder und wollte demnächst nach hier übersiedeln.

\* **Mannheim, 23. Sept.** **Ulfsturz.** Gestern Nachmittag stürzte der 28 Jahre alte Schieferbedenmeister **Nikolaus Wörstcher** von Wundenbach vom Dache eines Neubaus und erlitt so schwere Verletzungen, daß er sofort starb.

\* **Aus Baden, 22. Sept.** **Wienepest.** Die von den Jüngern mit Recht gefürchtete Wienepest hat nicht nur in Muggensturm bei Rastatt, wie vor einigen Tagen gemeldet, sondern im ganzen Lande viele Opfer gefordert und den Wienepestgeplagten erheblichen Schaden gebracht. Auch in dem durch seine hervorragende Wienepest weit über Badens Grenzen hinaus bekannten Hochberger Land ist das Auftreten dieser gefährlichsten aller Wienepestarten in besorgniserregender Weise konstatiert worden. Beim Zurückgehen der Brut, also zur jetzigen Herbstzeit, ist die Faulbrut, wie die Krankheit auch genannt wird, am leichtesten zu erkennen. Die größten Förderer der Wienepest sind die Unwissenheit und Gleichgültigkeit der Wienepesthalter selbst und es ist deshalb wohl angebracht, auf die Entstehung, Kennzeichen, Heilung und Desinfektion in kurzen Zügen hinzuweisen. Der Erreger der Krankheit ist ein Pilz, der sich durch Spaltung pro Tag auf über 140 Billionen, also ins Ungemeinliche vermehrt. Sie kam früher nur höchst selten in Deutschland vor und wurde in den letzten Jahren vielfach durch den Bezug von Wien und Königinen aus Krain und Italien eingeschleppt. Die Ansteckung geschieht vornehmlich durch Gebrauch verunreinigter Wohnungen, faulbrütigen Wachs und Honigs, von Geräten und Nähmaschinen mit Sporen und befällt besonders gern ruhgeschwächte, verwaarloste und naturwidrig behandelte Vögel. Die Kennzeichen der Faulbrut sind: lüdenhafter Bruststand, eingefallene, durchlöcherzte Zellenwände, unangenehmer, an alten Käse erinnernder Geruch, gebräunte, längs der Zellenwand meist mit dem Kopf nach hinten liegende Waben, die sich in eine laffenartige, fadenziehende, überleuchtende, zähe Masse verwandeln und zuletzt zu einer die Zellenwand bedeckenden Kruste eintrocknen. Eine Heilung im beginnenden Stadium der Krankheit kann nur die Natur selbst besorgen und ist selten. Ein sicher wirkendes Heilmittel gibt es nicht, weshalb, um einer weiteren Verbreitung der Krankheit vorzubeugen, der kranke Stock abends oder morgens, wenn alle Fliegen im Stock sind, durch Schwefel vernichtet wird. Der Bau ist dann zu verbrennen oder tief zu vergraben. Neue Wienepestwohnungen müssen aufs gründlichste desinfiziert werden, ältere sind am besten zu verbrennen. Desinfizierter Wachs darf wohl zu gewerblichen Zwecken, niemals aber zu Kunstwerken verwendet werden. Honig aus faulbrütigen Stöcken ist zu Speisezwecken reichsgefährlich verboten; er kann aber zur Bereitung von Essig, Honigwein oder Gebäck benützt werden.

**Der Nürnberger Parteitag**

erfährt auch in den Parteiversammlungen die verschiedenste Beurteilung. Ueber die **Karlsruher** Versammlung ist an anderer Stelle berichtet. Aus **Donaueschingen** liegt folgender Bericht vor:

Die am Sonntag, 20. September, im Gasthaus zum „Schwanen“ stattgefundene gut besuchte Versammlung des sozialdem. Vereins beschäftigte sich eingehend mit den Verhandlungen auf dem Nürnberger Parteitag über die Budgetfrage. Das Resultat der ziemlich lebhaften Debatte war die Annahme nachfolgender Resolution:

„Die heute Sonntag, 20. September, im Gasthaus zum „Schwanen“ tagende Versammlung des sozialdem. Vereins von **Donaueschingen** ist mit der Abstimmung über die Budgetfrage auf dem Nürnberger Parteitag einverstanden. Nachdem unterwürfigen Auftretens der süddeutschen Referenten war ein anderes Resultat nicht zu erwarten. Die versammelten Parteigenossen erwarten, daß alle Genossen, ob von Süd oder Nord, bei ihrem ferneren Handeln nur das Wohl der Arbeiter im Auge behalten werden, da ja die so schon geforderte Arbeiterschaft in erster Linie unter der Uneinigkeit zu leiden hätte.“

Die **Mainzer** Parteigenossen beschloßen folgende Resolution:

„Die heute in Mainz tagende Parteiversammlung erklärt sich im allgemeinen mit den Beschlüssen des Nürnberger Parteitages einverstanden, erwartet von ihnen eine Stärkung der Partei, sowie eine Kräftigung unseres politischen Einflusses. Dagegen kann die Versammlung die Annahme der Resolution zur Budgetbewilligung nicht als geeignete Grundlage zur Lösung der Frage betrachten.“

Die taktische Haltung unserer Vertreter in den Landtagen und Gemeinde-Rörperschaften unterliegt der Kritik und den Beschlüssen der Landesorganisationen und es muß ihnen freie Hand in der Wahl der geeigneten Wege zur Durchführung unserer Forderungen gelassen werden. Die Versammlung billigt daher die von **Segitz** abgegebene und von 66 Delegierten unterschriebene Erklärung:

Nach lebhafter Debatte wurde diese Resolution mit überwältigender Mehrheit angenommen.

In **Heilbronn** wurde eine ähnliche Resolution angenommen:

„Die heutige Parteiversammlung bedauert die Annahme der Resolution des Parteivorstandes durch den Nürnberger Parteitag in Sachen der Budgetfrage, weil sie die parlamentarische Betätigungsmöglichkeit der Abgeordneten in ganz unnötiger Weise erschwert und insbesondere die agitatorische Bedeutung der parlamentarischen Arbeit im Volke herabsetzt, was den Interessen der Partei direkt zuwiderläuft. Demgemäß billigt die Parteiversammlung die Erklärung der 66 süddeutschen Parteitagdelegierten rückhaltlos im Sinne einer notwendigen Rechtsverwahrung, die auf der Grundlage des allgemeinen Parteiprogramms sowohl den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wie auch den einzelnen Landesorganisationen die Möglichkeit der selbständigen und fruchtbaren Betätigung in allen Landespolitischen Angelegenheiten sichert.“

Eine andere Stellung nahm die **Stuttgarter** Versammlung ein. Nach lebhafter Debatte sah sie mit großer Mehrheit folgenden Beschluß:

„Die Parteiversammlung spricht ihre Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Parteitages aus und erwartet von jedem Parteigenossen, daß er im Sinne dieser Beschlüsse für die Einheit der Partei wirkt.“

Sehr scharfes Geschütz wurde in **Leipzig** gegen die süddeutschen Delegierten aufgeführt:

In einer überfüllten Parteiversammlung für die 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreise nahmen die Leipziger Genossen den Bericht über den Nürnberger Parteitag entgegen. Berichterstatter für den allgemeinen Teil war der Genosse **Schöpplin**, während die Budgetfrage vom Genossen **Seeger** behandelt wurde. Er meinte, die Gewerkschaftsführer hätten die Zerplitterungsbestrebungen der Süddeutschen unterstützt und das Wort geredet. In der Diskussion vertritt der Genosse **Greng** die Ansicht, daß gegen die „Jungen von rechts“ in nicht genügend scharfer Weise vorgegangen sei. Die Erklärung der süddeutschen Abgeordneten, die für die Landtagsfähigkeit nur die Landesorganisationen und nicht den Parteitag und Parteivorstand als autoritativ anerkennt, hätte unbedingt scharf zurückgewiesen werden müssen. Diese Erklärung sei eine offene und nicht mißzuverstehende Kriegserklärung. Der „Leipziger Volkszeitung“ macht er den Vorwurf, daß ihre Stellungnahme zum Parteitag eine andere, radikalere gewesen wäre, als es jetzt der Fall ist. Er ist der Ansicht, daß die revisionistische Strömung seit Dresden enorm gewachsen ist und sie treiben innerhalb der Partei systematische Ausschütlungspolitik zum Schaden der Partei. Man solle nicht abwarten, bis diese Strömung die Ueberhand gewinne. Daß Segitz und Linn in so wichtige Kommissionen, wie Kontroll- und Organisationskommission gewählt seien, sei für ihn unbegreiflich. Man solle die Partei rein erhalten, aber nicht nur nach links, sondern auch nach rechts. Genosse **Müller** meint, daß eine Trennung durch den Nürnberger Parteitag nicht verhindert, sondern daß diese Trennung nur hinausgeschoben sei. Der Stank und Jammer in der Partei werde nicht aufhören und eine Trennung wird doch eintreten. Es wäre gut gewesen, die Trennung wäre in Nürnberg eingetreten. Dr. **Reusch** sagt, der Vorstoß der Süddeutschen sei eine Ueberhöhung des Parlamentarismus. Die süddeutschen Genossen ständen nicht hinter den Budgetbewilligern. Die mangelnde Kraft in der Partei solle durch die Vakturen im Parlament ersetzt werden. Man müsse abwarten, ob die Süddeutschen ihre Drohung wahr machen werden und bis dahin könne man mit seiner Stellungnahme zurückhalten. **Seeger** meint, wo der Revisionismus sich zeige, werden wir gegen ihn Front machen, darin sei er sich mit der gesamten Volkszeitungsredaktion einig. Man habe es ihm verargt, daß er nicht seinen Ausspruch in der Leipziger Parteiversammlung, „wer sich mit den Grundanschauungen der Partei nicht im Einklange befindet, müsse seine Wege außerhalb der Partei suchen“, wahr gemacht hätte und den Ausschluß der Revisionisten zu beantragen. Diese Absicht habe bei ihm nicht bestanden, er habe damit sagen wollen, daß diese Leute freiwillig aus der Partei austreten. Die Erklärung der 66 Süddeutschen konnte vom Parteitag nicht anders aufgenommen werden, als es geschehen ist. Eine Erklärung der Deklaration darüber hätte für die Partei nur gefährlicher werden können. Ein Ausschluß der Revisionisten besetzte die revisionistischen Anschauungen in der Partei nicht. **Lipinski** vertritt die Ansicht, daß ein Entgegenkommen durch die Wahl der Bayern in die Organisationskommission nicht bedeute. Daß dies geschehen sei, sei auf die abweichenden Organisationsbestimmungen zurückzuführen. Die Erklärung der Sechshundsechziger sei nur ein eleganter Ausweg aus dem Budgetstreit gewesen und so müßte man sie auch auffassen.

**Aus der Residenz.**

**Karlsruhe, 24. Sep**

**Ein netter Geschworener.**

Unter den für die Schwurgerichtsverhandlungen des 4. Quartals ausgelosten Geschworenen befindet sich auch ein **Pforzheimer** Geschäftsmann, der zurzeit in Unterredungshaft sitzt und wegen Betrugs sich vor demselben Schwurgericht zu verantworten hat, für welches er als Geschworener ausgelost wurde. — Kaufmann **Wolender** in Karlsruhe, der auch als Geschworener fungieren soll, ist vor einigen Wochen schon gestorben. Es müssen also zwei weitere Geschworene ausgelost werden. Arbeiter befinden sich diesmal keine unter den Ausgelosten.

**Sozialdemokratischer Verein.**

Die gestrige, außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung befachte sich mit der Berichterstattung über den Nürnberger Parteitag. Der Delegierte **Gen. Kolb** führte im wesentlichen folgendes aus: Der diesjährige Parteitag hatte den Anschein, als ob er für die Arbeiterbewegung von geringer Bedeutung wäre. Allein der Parteitag war ein außerordentlich wichtiger, vielleicht der wichtigste, der bis jetzt stattgefunden hat. Der Bericht des Parteivorstandes bot im allgemeinen kein unerfreuliches Bild. Die Presse hat trotz der Krise ihre Abonnenten gehalten und sogar vermehrt. Die bestehenden Frauenorganisationen sollen in die vorhandene allgemeine Organisation aufgenommen werden. Statt der bisherigen zentralen Jugendorganisationen sollen lokale Bildungsvereine geschaffen werden. Der diesjährige Parteitag ernannte eine Kommission für die Ausarbeitung eines Agrarprogramms. Die vielumstrittene Frage der Budgetbewilligung hat dem Parteitag den Stempel aufgedrückt. Es war vorausgesehen, daß sich die Geister dabei sehr scharf trennen werden. Aber anerkannt muß werden, daß die Debatte durchaus sachlich geführt wurde und sich auch durchweg auf einer sehr respektablen Höhe gehalten hat. In keiner anderen Partei wäre es möglich gewesen, bei ähnlichen tiefgehenden Differenzen die Debatte so zu führen. **Gen. Webel** meinte, die Süddeutschen hätten mit der Bewilligung einen Fehler gemacht. Sonst war er aber sehr verständig gestimmt und wenn es auf ihn angekommen wäre, hätte die Vorstandsresolution ein anderes Gesicht gehabt. Webel hat bei der Abfassung der Resolution nicht mitgewirkt. Die Auffassung Webels führt zu unüberbrückbaren Widersprüchen. Er erklärte einmal im Reichstage, auch die Sozialdemokraten könnten für das Reichsbudget stimmen, wenn einmal der Reichstag dazu käme, seine Mittel durch direkte Reichsteuern zu holen. Welcher vernünftige Grund liegt dann noch vor, den Süddeutschen die Zustimmung zum Budget zu verbieten? Tatsache ist doch — und das kann nicht bestritten werden —, daß zwischen Nord und Süd Unterschiede bestehen. Die Vorstandsresolution will, daß prinzipiell das Budget verweigert werden müsse, dann darf es aber auch keine Ausnahme geben, das wäre logisch. Die Vorstandsresolution atmet karlsruher Geist. Die karlsruher Auffassung von der Entwicklung der Dinge bis zur Katastrophe halte ich für grundfalsch. Es ist nicht wahr, daß der Klassenstaat immer der gleiche ist. Der Klassenstaat bekommt ein anderes Gesicht in demselben Verhältnis, als unser Einfluß wächst. Wenn unsere Radikalen konsequent sein wollten, müßten sie überhaupt die Mitarbeit in den Parlamenten ablehnen. Die Berliner haben immer Widerstand geleistet, wenn die Partei politischen Schritt vorwärts machen wollte. Sie haben sich fast am längsten gegen die Beteiligung an den Kommunalwahlen, an den Landtagswahlen und an den Genossenschaftswahlen ausgesprochen. Heute nimmt man freilich einen anderen Standpunkt ein. Die Führer der Gewerkschaften stellen sich fast samt und sonders auf den Standpunkt unserer praktischen Politik. Die Tendenz der Vorstandsresolution ist eine irrtümliche. Mit der Politik der Negation ist den Arbeitern auf die Dauer nicht gebient. Die tatsächlichen Verhältnisse sind eben stärker wie unser Wille. Man hat sich früher auch scharf gegen den Abschluß von Tarifverträgen gewendet; heute finden dieselben immer mehr Anklang. Auch auf genossenschaftlichem Gebiet ist eine Wendung in den Anschauungen eingetreten. Es gibt eben nur zwei Dinge: Entweder vorwärts mit der Entwicklung oder zurück zum Anarchosozialismus. Die Arbeiter wollen aber praktische Erfolge sehen, was nicht ihnen die Kümmerlspalterei der Literaten, sie wollen vorwärts kommen. Die Gesellschaft, die wir erstreben, kann nicht wie ein Köhönig aus der Asche entstehen. Um den Kapitalismus zu überwinden zu können, dazu brauchen wir die große Mehrheit des Volkes für uns. Mit der politischen Negation kommen wir aber nicht durch.

Es war für die 66 süddeutschen Delegierten also unmöglich, die Vorstandsresolution anzunehmen. Um zu zeigen, daß sie zu einer Verständigung bereit sind, wollten sie die Resolution **Prohme** annehmen. Dieselbe wurde aber von der Majorität abgelehnt. Die Majorität hat alsdann die Vorstandsresolution beschlossen. Mit dieser Resolution wird es gehen, wie mit so vielen andern. Sie ist in der politischen Praxis nicht haltbar, wenn der Partei, ihrem Ansehen und ihrem politischen Einfluß nicht der größte Schaden zugefügt werden soll.

In **St. Gallen** hat man seinerzeit die Resolution gegen die Stichwahlen gefaßt, in **Breslau** sich festgesetzt, für agrarische Zwecke keine Gelder zu bewilligen, in **München** hat man für Stichwahlen die bekannten 5 Forderungen verlangt usw. Alle diese Resolutionen, durch welche wir uns taktisch festlegten, konnten nicht gehalten werden. Das gleiche trifft auch auf die nicht vom Parteitag angenommene Resolution zu. Auch hier werden sich die Verhältnisse als stärker erweisen, wie die der Resolution zugrunde liegende Theorie. Ich für meine Person würde es ablehnen, solcherweise ein gebundenes Landtagsmandat anzunehmen. Die Sache hätte auch noch den Schaden, daß die Regierung gebundene Mandate zurückweisen kann, denn sowohl die bairische, wie württembergische und bayerische Verfassung erklärt, daß kein Abgeordneter ein gebundenes Mandat mitbringen darf. Die Süddeutschen konnten keine andere Haltung einnehmen, als sie sie eingenommen haben. Wir haben im Landtag nach besten Kräften praktisch mitgearbeitet, das haben selbst die Gegner anerkennen müssen. Die abgelassene Landtagsession hat den Einfluß der Sozialdemokratie gestärkt. Die Genossen können getroßt zu ihren Abgeordneten stehen. (Lebh. Beifall.)

Die Diskussion war sehr lebhaft.

**Gen. Philipp** führte hauptsächlich Beschwerte darüber, daß das Referat **Kolbs** zuviel Budget und zu wenig allgemeine Berichterstattung enthalte. Auch mit der Arbeit im Landtag ist derselbe nicht in allen Teilen zufrieden. Die Fraktion hätte die Interessen der Murgalarbeiter viel energischer vertreten müssen. — **Gen. Sauer** steht auch auf dem Standpunkt der Budgetbewilligung, allein jetzt, nachdem der Parteitag gesprochen, hat sich die Minorität der Majorität zu fügen; das gilt auch für die 66 süddeutschen Delegierten. — **Gen. Runge** ist mit der Haltung der Süddeutschen einverstanden.

Der Vorsitzende erklärte, daß folgende Resolution eingegangen sei:

„Die heutige Mitgliederversammlung des Sozialdem. Vereins erklärt sich mit dem Verhalten der Delegierten des 10. badischen Reichstagswahlkreises auf dem Parteitag in Nürnberg einverstanden. Sie bedauert den dortselbst gefaßten Beschluß hinsichtlich der Budgetabstimmung“

Fortsetzung auf der 7. Seite.

der Bericht im Meißner kann sich nicht wohlher fühlen als es. Galt appetitlich dabei zu Werft; er wusch sich bis viermal die Hände und trocknete sich ebenfalls oft an reinen Gerichten.

und hält denselben als in der Praxis undurchführbar, da er geeignet erscheint, unsere Bewegung zu hemmen und die Tätigkeit unserer Abgeordneten im badischen Parlament zu erschweren.

Gen. Sigmond plädierte dafür, überhaupt keine Resolution zu fassen. Der Parteitag war im großen Ganzen höchst unfruchtbar, man hätte mehr Zeit für das Referat Kollens verwenden müssen und nicht 3/4 Tage für die Budgetfrage aufzuwenden.

Im Schlußwort widerlegte Gen. Koll die Einwände der Diskussionsredner. Wenn man die Budgetfrage begreifen will, so muß man die ganzen Streitfragen der letzten 10 Jahre aufrollen.

Die Resolution wurde alsdann bei etwa 200 Anwesenden mit allen gegen etwa 15 Stimmen angenommen. Schluß 1/1 Uhr.

Neues vom Tage. Die Cholera.

Berlin, 23. Sept. Die unter Choleraverdächtigen Erscheinungen vorgestern dem Virchow-Krankenhaus zugeführte Frau Grigorenko leidet nicht an Cholera, sondern ist an Typhus erkrankt.

Sicherheit ergeben, daß nur ein Fall von einfachem Unterleibstypus vorliegt. Es geht der Patientin heute schon etwas besser.

München, 23. Sept. Wie der „Bayerische Kurier“ erfährt, ist ein Mitglied einer in München wohnenden russischen Familie unter Cholera-Verdacht ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Petersburg, 23. Sept. Die Ärzte erklären die Zunahme der Choleraerkrankungen durch die letzten zwei Feiertage, an denen Volk und Arbeiter nach alter Gewohnheit große Quantitäten Branntwein und rohes Obst genossen.

Letzte Post.

Die Stichwahl in Wolfenbüttel.

Fraunschweig, 23. Sept. Bei der Reichstags-Erbschaftswahl im Kreise Wolfenbüttel-Gelmstedt wurde der Reichstagskandidat mit agrarischer Färbung, Gütsbesitzer Kleve, mit 15 440 Stimmen gegen den sozialdemokratischen Kandidaten Nieke mit 8882 Stimmen gewählt.

Wiederzusammentritt des Reichstages.

Berlin, 23. Sept. Reichskanzler Fürst Bülow hat sich auf Vorschlag des Präsidenten des Reichstages nach Benehmen mit dem Bundesrat damit einverstanden erklärt, daß der Reichstag nach seiner Vertagung am 4. November wieder zusammentritt.

Der künftige deutsche Botschafter in Washington.

Berlin, 23. Sept. Vor einiger Zeit wurde als aussichtsreichster Kandidat für den Botschafterposten in Washington Graf Bischen genannt. Jetzt scheint als Nachfolger des verstorbenen Barons Sped von Sternberg nur noch Baron von Mombach in Frage zu kommen.

Militärjustiz.

München, 23. Sept. Das Kriegsgericht der 4. Bayer. Division zu Würzburg hat 56 zur Arbeiterabteilung des Truppenübungslagers in Hammelburg kommandierte Soldaten, die eine gemeinsam unterführte Eingabe um gleichzeitige Entlassung mit den Garnisonstruppen an den kommandierenden General gerichtet hatte, zu 8 Wochen

Mittelarrest, die beiden Rädelshörer zu weiteren 4 Wochen verurteilt.

Eine antidynastische Verschwörung.

Brüssel, 23. Sept. Privatmeldungen aus Lissabon bestätigen die Entdeckung einer antidynastischen Verschwörung. Monarchisten aller Parteien haben sich zusammengetan, um den Thron zu retten und den republikanischen Aufständen entgegenzutreten.

Der italienische Parteitag und die Revisionisten.

Florenz, 23. Sept. Der hier tagende Sozialistenkongress nahm gestern Abend nach lebhafter Debatte eine Tagesordnung an, in der die Einigkeit zwischen den Reformisten und den Integralisten gepredigt und der revolutionäre Syndikalismus verurteilt wird.

Das Zentralorgan unserer italienischen Genossen, der „Avanti“, wird künftig wieder von den Revisionisten redigiert werden.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Gesangverein Bruderbund.) Morgen Abend Singstunde für die Basse. 4370

Wasserstand des Rheins.

Donnerstag, den 24. Sept. Schifferinsel 2.57, gef. 8 cm, Reßl 2.91, gef. 7 cm

Geschäftliches.

Advertisement for Kufeke baby food, featuring a diamond logo and text: 'Bestbewährte gesunde und magen-darmkränke Nahrung für: Kinder sowie schwächliche in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.'

Kathreiners Malzkaffee ist das gesündeste Kaffeegetränk!

Advertisement for M. Tannenbaum furniture store: 'Samstag, den 26. und Sonntag, den 27. d. M. bleiben meine Geschäftsräume geschlossen. M. Tannenbaum Möbelhaus 13 Adlerstrasse 13.'

Advertisement for Detektiv- & Auskunfts-Bureau 'Lux' by Jakob Schaller: 'empfeilt sich zu distreten und gewissenhaften Ermittlungen, in Bezug auf heimliche Beobachtungen und Überwachungen.'

Advertisement for Staubfreie Bettfedern by Anton Krätz: 'Staubfreie Bettfedern schaffbar 2730 Bettbarhente empfiehlt sehr preiswert J. Schneyer Werderplatz.'

Advertisement for Schuhwaren aller Art by Anton Krätz: 'solide und dauerhaft, laufen Sie am besten bei 1505 Anton Krätz, Kassat Kriegstraße 1 (Dörfel).'

Advertisement for Globin shoe polish: 'Schuhputz Globin gibt schönsten Glanz erhält das Leder weich und ganz.'

Advertisement for An- u. Verkauf Hofenträger: 'getragen, gut erhalten. Herren- u. Damenkleider, Schuhe usw. Zahlreiche Preise. Postkarte genügt. Frau Rosa Gut, Brunnenstr. 5, nächst der Marktgrabenstraße. 567'

Advertisement for Schadowhallung: 'Schadowhallung in Erfindung d. d. Patentanwaltsbüro Karlsruhe. Mühldorf, Rheinstr. 83, 3. sind zwei gut erhaltene Betten billig zu verkaufen.'

Advertisement for 1 Klavier (Flügel) by Anton Krätz: 'zum Verkau, für 15 Mark zu verkaufen. 4371 Genwigstr. 32, 2. Stg. Bett, hochhäufig, neu, mit 55 Mark zu verkaufen. Off. unter N. R. an die Expedition.'

Advertisement for Eisenre Kinderbettstelle: 'fast neu, billig zu verkaufen. Kriegstr. 171, 2. Stod, links. Kinderwagen ist für 12 Mark zu verkaufen. Durlach, Pfingstrahe 42, 2.'

Advertisement for Arbeiter: 'kaufen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterkleidern etc. am billigsten bei S. Geisinger, Freiburg, Unterlinden 5, Grafs Weinstraße gegenüber. Mitglied des Rabattvereins. Matratzendrell große Auswahl, spottb. zu verkaufen Brantenstr. 19, 2. Stod, rechts. Jedes Maß wird abgegeben. Muster gratis. 4212 Bettstelle sehr billig zu verkaufen, fast neuen Post, Deckbett, 2 Kissen, 30 Mark. polierte Komode, 10 Mark. Küchenstuhl mit Aufsatz, 6 Mark, sehr schönes Blüsch-Sopha, 20 Mark. 4368 Uhlandstr. 22, 1. St.

Large advertisement for MAGGI Würze: 'Unbedingte Garantie bietet MAGGI Würze mit dem Kreuzstern nicht bloss für die vorzügliche Qualität, sondern auch für ständig gleichmässige Beschaffenheit. 4358 MAGGI's gute sparsame Küche'

**Ohne jede Konkurrenz!**  
**Nur 8 Tage!**  
 Vom 25. Sept. bis inkl. 2. Okt. 1908.

Der grosse

# Circus

G.L. Angelo

## Karlsruhe, Festplatz.

Das schönste, herrlichste, größte, reisende Circus-Unternehmen des Erdballs.

Ein Circus-Unternehmen allerersten Ranges, welches monatelang in Wien, Leipzig, Dresden, Breslau, Aachen, Stuttgart, Elberfeld, Nürnberg, Lausanne, Karlsruhe, Darmstadt, Lüthich geradezu sensationelle Erfolge errungen und von der gesamten Presse einstimmig als ein außergewöhnlich eleganter, in den Leistungen unerreicht dastehender Circus bezeichnet wurde.

300 Personen nur erste Kunstkräfte. 7 Riefenzelte 7700 Pers. fahrt. Gr. reichhalt. Mar. Stall edelster, preisgekrönt. Kaffeeperle

Indische Elefanten u. andere exotische Tiere.

Morgen Freitag, den 25. Sept. Gala-Premiere

abends 8 1/4 Uhr: mit einem rein circensischen Programm, wie es die Welt in solcher, jeder Konkurrenz die Spitze bietenden Zusammenstellung, noch nie gesehen hat.

Konkurrenzlos! Unerreicht! Einzig dastehend!

Direktor Angelos

Massen-Freiheits-Dressuren.

Direktor Angelos wunderbare Dressuren und preisgekröntes Pferdmaterial bilden überall das Stadtgespräch.

Miss Florence d. gr. schöne Parforce-Reiterin. Miss Daisy modernste, eleganteste Reiterin.

Stolze des Stolzes. Das Tagesgespräch der deutschen Sportskreise.

Mme. Solange d'Atalide

die berühmte Pariser Schutzeiterin mit ihren 3 Wunderpferden.

Indische Zwerg-Elefanten Marquis Togo's

in neuem Genre, dressiert u. Szene „In einem japanischen vorgef. von Herrn Hugo Riens. Feldlager“.

Non plus ultra! Miss Madge u. Mr. James

Einzig in ihrem Genre. Sporting Act „Retour de Bal“ auf 2 nebeneinander laufenden Pferden ausgeführt. Miss Madge ist die einzigste Dame, welche nicht nur den großen freien Sprung auf ein in rasendem Galopp dahinjagendes Pferd, sondern auch alle anderen Sprünge vom Boden ohne Sprungbrett ausführt.

Mlle. Cora d'Heith, bekannt. engl. Schutzeiterin.

Mlle. Jeanette, Parforce-Reiterin 1. Ranges.

Sprung-Fahrschule, geritten von Miss Debrient.

Double Acrobatic Jockey-Act, geritt. v. Geschm. Hummel.

Unstreitig der beste Reit-Act der Welt.

Original Corthy Brothers, Iomischer Redakt.

Wille. Piquet, Drahtkünstlerin allerersten Ranges.

Engl. Unikum Alfred, russ. Clown Manigo, deutsch. Tüpfel

Banden, Circus-Komöd Nico Nico, amer. Spahmach. Litt

Witt, ital. Pierrot Benedetti, sow. Orig. Manège-Komiker

Ferner d. übrige große, eigens f. hier engag. Künstler-Ensemble.

Preise der Plätze: Fremdenlogenitz (numer.) M. 4.—, Logenitz (numer.) 3.—, Sperritz (numer.) 2.—, 1. Platz 1.50, 2. Platz 1.—, Galerie (Stehplatz) —.50. Kinder unter 10 Jahren und Militär vom Feldwebel abwärts zahlen in den Wochentags-Abendvorstellungen 1. Platz M. 1.—, 2. Platz —.60, Galerie —.30. In den Nachmittags-Vorstellungen Fremden-Loge M. 2.—, Loge 1.50, Sperritz 1.—, 1. Platz —.75, 2. Platz —.50, Galerie —.25; Sonntags- u. Feiertags-Abend-Vorstellungen volle Preise. Die Circuskasse ist täglich geöffnet von 10—1 Uhr mittags und v. 3 Uhr nachm. ununterbrochen bis nach Schluss der Abendvorstellung. Die Billette haben nur zu der Vorstellung Gültigkeit, zu welcher sie gelöst werden, u. wird Geld für gelöste Billette nicht zurückgezahlt.

Billet-Vorverkauf f. die Abendvorstellung. Bei Hrn. A. L. Schweifert, Cigarren-Geschäft, Kaiserstr. 199a, Ecke Waldstr.

4 Samstag, den 26. September: 8 1/4

Uhr 2 Gala-Vorstellungen 8 1/4

nachmittags 4 und abends 8 1/4 Uhr

mit einem hochinteressant. Sensations-Programm. — In der Nachmittags-Vorstellung zahlen Militär v. Feldwebel abwärts und Kinder unter 10 Jahren für Fremdenlogenitz M. 2.—, Logenitz 1.50, Sperritz (numer.) 1.—, 1. Platz —.75, 2. Platz —.50, Galerie —.25. Erwachsene gewöhnliche Preise.

In jeder Nachmittags-Vorstellung ein vollständig ungekürztes Abendprogramm.

Der Circus ist mittels eigener elektrischer Lichtanlage mit 20 Bogenlampen und 1500 Glühlampen feenhaft elektrisch beleuchtet, die Plätze sind bequem und komfortabel eingerichtet und sind die Zuschauer gegen alle Witterungsverhältnisse absolut sicher geschützt.

## Spezial-Angebot in Schuhwaren



Durch ganz besondere Abschlüsse bin ich in der Lage, zu **hervorragend billigen Preisen** zu verkaufen.

Herrenstiefel		Vorzügliche Qualitäten:	Damensstiefel	
in den Preislagen:			in den Preislagen:	
Mk.	Art.		Mk.	Art.
6.95	7181	Eleg. Façons! Bequeme Passform!	4.95	8187
7.95	6108	Chromchevreaux- Leder!	5.90	8188
8.75	7186	Echt Chevreaux- Leder!	6.90	8099
8.95	809	Echt Boxcalf- Leder!	7.50	8144
9.50	7128	Garantie für jedes Paar!	10.50	8118
10.50	Toek	Garantiert Goodyear-Welt	12.50	Of.
12.50	7162			6568

Ein Posten Herren- und Damensstiefel. Garantiert Goodyear Welt in nur erstklassig. renomiertesten Fabrikaten. Echt Chevreaux- Leder modernste Formen statt Mk. 16—20 jetzt Einheitspreis p. Paar M. **12.50**

## E. Korintenberg, Karlsruhe

118 Kaiserstrasse 118.

Arbeitergesangver. Eintracht Ettlingen. Am Sonntag den 27. September d. J., nachmittags 3 Uhr, findet bei „Traut“ unsere jährliche **General-Versammlung** statt. Hierzu sind die berecht. Mitglieder freundlichst eingeladen. Anträge müssen vorher schriftlich eingereicht werden. 4965 Der Vorstand.

Hoher Feiertage wegen bleibt mein Geschäft **Samstag u. Sonntag geschlossen.** **Schuhwaren-Haus** 22 Kaiserstrasse 22. Josef David. 4972

**Kochherd-Abschlag.** Niederlage der **Ersten Rastatter Herdfabrik.** Weiß- und Rastatter Emailherde. Interessenten wollen meine **Kochherd-Ausstellung** in der Lohreinfahrt besichtigen. — In jedem Herd ist der Preis zu sehen. **Große Auswahl häuslicher u. Küchengeräte.** Aluminium-, sowie d. berühmte Kosmos-Email-Geschirre Dr. Schmid's Glühströmpe Auf sämtliche Artikel Rabattmarken. — Bei ganzen Ausstattungen Vorzugspreise. Nur beim **Herd- und Eisen-Blum** 49 Schützenstraße 49. 1011

Arbeiter! abonniert den Volksfreund!

## Freiburg Colosseum

beim **Martinstor** (Trambaltestelle)

Täglich das Eröffnungs-Programm mit in Freiburg noch nie gesehenen Attraktionen.

W. Jumanns neuester und vornehmster Dressur-Act.

The 4 Kingsbergens, das geheimnisvolle Chambre-Scaparé ?? Größtes Rätsel!

Frl. Käthchen Lotfel mit ihrer Bulldogge als Mimiker. (Das gegenwärt. Tagesgespräch von Freiburg darf aber auch niemand verschäumen sich anzusehen.)

Sanct Wilsey-Trio, amerikan. Jongleure.

The Pandos, phänomenal.

Wiß Camarosa!! die Unvergleichliche.

Ferner die andern neu engagierten Künstler und Künstlerinnen. **Kinematograph: Graf Zeppelins große Luftfahrt.**

Kassa 7 1/2, Anfang 8 Uhr. Vorverkauf: Zigarettenhaus Kämpfe, Kaiserstr. 89. 4311

**Alona Fahrräder** u. Zubehörsache enorm billig. Kataloge gratis. Vertreter gesucht. **Fahrradhaus Wieghe Freiburg i. S. G. 3299**

2 Dreizimmerwohnungen in Bulach, Friedr. 7, sofort oder später zu vermieten. Zu erfragen Friedr. 2, Bulach. 4328

Diese Woche! Ziehung schon 26. Sept. **Grosse Badener Geld-Lotterie**

zu Gunsten d. Hamilton-Palais, Ziehung 26. Sept. 3288 Bargewinne ohne Abzug

**45,800 Mk.** 1. Hauptgewinn

**20,000 Mk.** 327 Gewinne

**15,000 Mk.** 2960 Gewinne

**10,800 Mk.** Los à 1 Mk.

11 Lose 10 Mk. Porto und Liste 30 Pfg. versendet das General-Debit 2511

**J. Stürmer** STRASSBURG I. E., Langestr. 107.

In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Lotteriebanc, Kaiserstrasse 58, H. Mayle, E. Flüge, L. Michel, Chr. Frank.

In Karlsruhe: Fr. Haselwänder, J. Dahringer, F. E. Friedländer.

Jeden Donnerstag frisch eintreffend **echte Holländer Schellfische** mittelgroß Pfund **28** Backschellfische Pfund **20** empfehlen 4364 **Pfannkuch & Co.** G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen.

**Friedrichshof** Ungarische Magnaten-Kapelle **Csonka Berczi** vom 13. Sept. ab täglich Concert.

**Zum Hilderhof** Heute Donnerstag abends 8 Uhr **Tiroler-Concert.** Eintritt frei. 4963